

SERBIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2023

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit über einem Jahrzehnt lenkt Aleksandar Vučić mit seiner Serbischen Fortschrittspartei (SNS) die Geschicke im Land. Obwohl Vučić als Staatspräsident qua Amt nur eine repräsentative Rolle einnimmt, ist es seine politische Handschrift, welche die Politik in Serbien sowohl innen- als auch außenpolitisch bestimmt. Die Opposition sowie internationale Beobachter kritisieren die eingeschränkte Pressefreiheit, die Missachtung demokratischer Verfahren und die Schwächung der Gewaltenteilung zugunsten einer übermächtigen Exekutive gegenüber dem Parlament.

Die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2022 resultierten aus den Ergebnissen der Wahlen von 2020. Mehrere wichtige Oppositionsparteien hatten aufgrund einer strukturellen Benachteiligung in den Medien und der dahingehenden Einschränkung der Wahlfreiheit aus Protest die Parlamentswahlen 2020 boykottiert. Zudem war das Fernbleiben der großen Oppositionsparteien ein Ausdruck gegenüber dem autokratischen Regierungsstil von Vučić.

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2022 waren von einem polarisierenden Wahlkampf zwischen der von der SNS geführten Liste (Koalition), die unter dem Namen »Zusammen schaffen wir alles« (*Zajedno možemo sve*) antrat, und den restlichen Oppositionsparteien, die sich innerhalb verschiedener Bündnisse zusammengeschlossen hatten, geprägt. Während Vučić in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen die Mehrheit der Stimmen mit 58,6 Prozent erhielt, und damit als Staatspräsident wiedergewählt worden ist, verliefen die Parlamentswahlen aus Sicht der SNS weniger erfolgreich.

Die SNS verlor ihre parlamentarische Mehrheit in der Nationalversammlung, wurde aber wie erwartet mit 120 von 250 Mandaten stärkste Kraft im Parlament. Die Teilnahme der größten Oppositionsparteien an den Wahlen schlug sich auch in der Wahlbeteiligung nieder, die mit 58,62 Prozent um

zehn Prozent höher ausfiel gegenüber den Wahlen von 2020. Obwohl es bei den Neuwahlen zu Unregelmäßigkeiten und laut den Oppositionsparteien auch zu Wahlfälschungen gekommen sein soll, kehrte damit dennoch der parlamentarische Pluralismus nach Serbien zurück.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen zwang die SNS zu einer Koalitionsbildung. Neben der erweiterten Zusammenarbeit mit der Sozialistischen Partei Serbiens (SPS), schlossen sich auch die »Demokratische Allianz der Kroaten in der Vojvodina« (DSHV), »Vereinigtes Serbien« (JS), »PUPS – Solidarität und Gerechtigkeit«, »Sozialdemokratische Partei Serbiens« (SDPS) und die »Partei für Aussöhnung und Gerechtigkeit« (SPP) der Koalition an. Ministerpräsidentin wurde abermals Ana Brnabić (SNS). Einen beachtlichen Erfolg erzielte die 2021 ins Leben gerufene grüne Koalition »Wir müssen« (*Moramo*), die sich aus den Umweltparteien »Zusammen für Serbien« (*Zajedno za Srbiju*), »Wir lassen Belgrad nicht untergehen« (*Ne davimo Beograd*) und »Ökologischer Aufstand« (*Ekološki Ustanak*) zusammensetzt. Die grüne Bewegung zog nicht nur mit 13 Mandaten in die Nationalversammlung ein, sondern konnte auch in der Belgrader Stadtversammlung ebenso viele Sitze erringen.

Der Erfolg von »Wir müssen« fußt auf einer Sensibilisierung der serbischen Gesellschaft für ökologische Themen. Maßgeblich dazu beigetragen haben die Proteste gegen das britisch-australische Bergbauunternehmen »Rio Tinto«, welches vorhatte, in der Nähe der westserbischen Stadt Loznica Lithium zu fördern. Die Regierung unter Ana Brnabić hatte kurz vor den Wahlen 2022 die Genehmigung für den Abbau von Lithium zurückgezogen, allerdings wurde dieser Schritt von den Oppositionsparteien und Protestierenden als rein politisches Manöver angesehen und vermutet, dass nach den Wahlen ein abermaliger Wechsel in der Politik des Lithium-Abbaus erfolgen könnte. Diese Skepsis beruht auf den Erfahrungen der ostserbischen Bergbaustadt Bor, einer der größten Kupferminen Europas. Im Jahre 2018 übernahm das chinesische Unternehmen Zijin Mining Group, das im Bergbau-sektor tätig ist, mit seiner Tochterfirma Zijin Bor Copper den Bergbaubetrieb in Bor. Die Mine, die noch aus jugoslawi-

schen Zeiten stammt, fördert unter Kontrolle des chinesischen Unternehmens 300 Prozent mehr Kupfer als vor der Übernahme. Die exorbitante Ausbeutung und Verarbeitung von Kupfer führte zu einer signifikanten Verschlechterung der Wasser-, Luft- und Bodenqualität in der Stadt.

Seit 2012 ist Serbien offiziell EU-Beitrittskandidat und strebt eine politische, rechtliche und wirtschaftliche Integration in die Europäische Union an. Die Beitrittsverhandlungen verlaufen eher schleppend, da seitdem erst 22 der 35 Verhandlungskapitel eröffnet worden und lediglich zwei komplett abgeschlossen sind. Um dem Beitrittsprozess eine stärkere Triebkraft zu verleihen, wurde im Mai 2021 im Rat der EU eine neue Vorgehensweise beschlossen. Ein konzentrierteres Augenmerk und eine stärkere politische Steuerung sollen auf Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, demokratische Institutionen und die Reform der öffentlichen Verwaltung sowie auf wirtschaftliche Kriterien gelegt werden. Die EU stellte 2022 Serbien 22 Millionen Euro zur Verfügung, um in Sachen Rechtsstaatlichkeit, Bekämpfung des organisierten Verbrechens und der Stärkung einer unabhängigen Justiz Fortschritte zu erzielen (EU-Beitrittskapitel 23 & 24).

Zudem wurden die 35 Kapitel in sechs sogenannte Cluster zusammengefasst, um kapitelübergreifende Synergien zu schaffen. Politisch wie inhaltlich werden die EU-Beitrittsverhandlungen derzeit von dem Normalisierungsprozess zwischen Serbien und dem Kosovo geprägt. Der moderierte Dialog aus Brüssel hat im Zuge des Krieges in der Ukraine an Intensität gewonnen. Es besteht auf Seiten der EU die Befürchtung, dass es auf dem Gebiet des Kosovo zu einer weiteren Eskalation kommen könnte. Trotz einiger Fortschritte im Berichtszeitraum ist bisher noch nicht ausgemacht, ob es zu einer nachhaltigen Lösung des Konfliktes kommen wird.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Wirtschaftlich sind Serbien und die EU stark miteinander verflochten. Serbien exportiert 60 Prozent seiner Güter in die EU, damit bleibt die EU der wichtigste Absatzmarkt. Gleichzeitig sind europäische Unternehmen einer der wichtigsten Arbeitgeber in Serbien. So beschäftigen allein die 400 deutschen Unternehmen im Land ca. 72 000 Personen, hauptsächlich in der Automobil- und Zulieferindustrie.

Serbien hat in den letzten zwei Jahren eine durchwachsene wirtschaftliche Entwicklung erlebt. Nach dem rasanten BIP-Wachstum im zweiten Coronajahr 2021 von 7,5 Prozent, schrumpfte dieser Wert im 2022 auf 2,3 Prozent. Die gestörten Lieferketten, gestiegene Rohstoffpreise und eine Verschlechterung der Auslandsnachfrage nach Gütern dämpfen das Wachstum. So wird erwartet, dass Serbien 2023 lediglich ein Wachstum von 1,6 Prozent erzielen wird, dabei wird der private Konsum sehr wahrscheinlich einer der wichtigsten Antriebe für das heimische BIP sein. Erst ab 2024 wird wieder mit einem erheblichen wirtschaftlichen Aufschwung gerechnet.

Das Durchschnittseinkommen liegt aktuell bei 720 Euro und spiegelt das kontinuierliche Wachstum der Löhne wider. Al-

lerdings wird das Bild getrübt durch die hohe Inflation von derzeit 15,8 Prozent, sodass nominal die Einkommen gestiegen sind, aber die Realeinkommen der Bürger*innen eine andere Sprache sprechen. Die Nationalbank Serbiens versucht, die Inflation durch die Erhöhung des Leitzinses zu bremsen. Zu Beginn des Jahres wurde der Leitzins um 25 Basispunkte auf 5,25 Prozent angehoben.

Des Weiteren existiert ein starkes Gefälle zwischen den Ballungszentren und dem ländlichen Raum hinsichtlich der Löhne, wobei in den Großstädten überproportional höhere Löhne als z. B. im Süden des Landes ausgezahlt werden. Dies drückt sich auch in der Tatsache aus, dass 1,8 Millionen Menschen in Serbien als armutsgefährdet gelten, womit ca. ein Viertel der Bevölkerung unter prekären Bedingungen ihren Alltag bestreiten muss. Eine bedeutende Einkommensquelle sind Geldüberweisungen von Familienangehörigen aus dem Ausland, die 2022 mit fünf Milliarden Euro einen Anteil von 8,2 des nationalen BIP ausgemacht haben. Erstmals übertrafen die Auslandsüberweisungen jene der Auslandsinvestitionen, die im gleichen Zeitraum bei 4,4 Milliarden Euro gelegen haben.

Die öffentliche Staatsverschuldung ist rückläufig und es wird davon ausgegangen, dass die Verschuldung zum Ende des Jahres bei 56,1 Prozent des BIP liegen wird. Serbien hat unter den Westbalkanstaaten die geringste Arbeitslosenquote mit 8,9 Prozent.

Für die serbische Wirtschaft war das Jahr 2022 vornehmlich von Unsicherheit gekennzeichnet. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die daraufhin eingeführten Sanktionen vonseiten der EU gegenüber russischen Exporten führten zu wirtschaftlichen Ängsten bei etlichen serbischen Unternehmen. Neben dem so wichtigen europäischen Absatzmarkt, ist Russland ein bedeutender Rohstofflieferant für das Land. Dieser ökonomische Umstand macht Serbien besonders verwundbar.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Der Fiat-Standort Kragujevac in Zentralserbien hat auch 2022 mediale Wellen geschlagen. Am 14. Januar haben die Arbeiter*innen von Fiat Plastik ihren Generalstreik für verbesserte Sonderzahlungen weiter fortgeführt, der nunmehr zwei Jahre andauert. Begleitet wurde der Streik von der Nachricht, dass Fiat Chrysler Automobil Serbien (FCA) Stellenkürzungen im Zuge der verstärkten Umstellung der Produktion von Verbrennungs- auf Elektrofahrzeuge plant. Diese Fahrzeuge sollen ab 2024 von den Bändern rollen, wobei nicht ersichtlich ist, wie viele Arbeiter*innen benötigt werden bzw. wer von den Arbeiter*innen das Angebot annehmen wird, aufgrund der Produktionsumstellung temporär in andere europäische Werke versetzt zu werden. Diese Arbeiter*innen sollen dann ab 2024 zum neuen Werk in Serbien zurückkehren.

Mitte des Jahres wurde eine neue Verordnung erlassen, die die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften in Serbien regelt, sofern der Arbeitsplatz nicht mit einer einheimischen Fachkraft besetzt werden kann. Der Staat versucht dabei an-

hand steuerlicher Anreize einen Pull-Effekt zu erzeugen, um ausländische Fachkräfte anzuwerben.

Die steuerlichen Ungleichgewichte, prekäre Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne sind der Katalysator für die berufliche Umorientierung und/oder Abwanderung von einheimischen Arbeitskräften ins Ausland. Nahezu jeder Sektor ist davon betroffen, dass qualifiziertes Personal auf dem Arbeitsmarkt fehlt. Besonders betroffen sind der Gesundheitssektor, dem in den letzten acht Jahren 7000 Arbeitskräfte verloren gegangen sind, und die Baubranche. Der Mangel an Handwerker*innen im Baugewerbe wird derzeit durch Arbeitsmigrant*innen aus der Türkei und Indien kompensiert.

Das Hauptabwanderungsland für die Menschen in Serbien bleibt weiterhin Deutschland. Neben den hochqualifizierten Beschäftigten im Gesundheitssektor sind es allein ca. 10000 LKW-Fahrer*innen, die das Land in den letzten Jahren Richtung Deutschland verlassen haben. Zurzeit ist es die Generation der Babyboomer, die das Transportwesen in Serbien noch vornehmlich stützt. Die prekären Arbeitsbedingungen und die erschwerten Hürden zum Erwerb der Fahrerlaubnis (erst ab dem 21. Lebensjahr) für LKWs und Schwertransporte sind jedoch für viele junge Menschen ein eher abschreckendes Berufsbild.

Deutlich attraktivere Bedingungen hingegen stellen die hiesigen Lieferdienste dar, die im Zuge des Plattformkapitalismus auch in Serbien das urbane Stadtbild prägen. Schätzungen zur Folge arbeiten ca. 10000 Menschen in der Gig-Economy; niedrige Einstiegshürden und flexible Arbeitszeiten als »Selbstständige« locken viele vor allem junge Menschen an. Da sich die Unternehmen lediglich als Anbieter einer Plattform und nicht als Arbeitgeber verstehen, ist ein rechtlicher Anspruch in Serbien auf gewerkschaftliche Organisation nicht gegeben. Damit bleiben die Scheinselbstständigen hinsichtlich Arbeitsrechten und Schutz in einem Schwebestand, der nicht selten von den Fahrer*innen selbst abgelehnt wird, um etwaige Sozialleistungen nicht gekürzt zu bekommen, respektive zu verlieren.

Die Kollektivierung im Bildungssektor hat 2022 zu landesweiten Streiks an den Schulen geführt. Neben der geforderten Lohnanhebung zwischen 12-15 Prozent, wurde eine einmalige Zahlung von 170 Euro gefordert, die jedoch abgelehnt wurde. Ebenfalls an diesen Streik anschließend wurde auch vonseiten der Postangestellten neben einer finanziellen Verbesserung der Gehälter für unbefristete Arbeitsverträge und arbeitnehmer*innenfreundliche Arbeitsbedingungen demonstriert.

GEWERKSCHAFTEN IN SERBIEN – DATEN UND FAKTEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Fast alle Gewerkschaftsdachverbände in der aktuellen Gewerkschaftslandschaft Serbiens sind zu verschiedenen Zeitpunkten aus dem »Bund der Selbstständigen Gewerkschaften Serbiens« SSSS (Savez samostalnih sindikata Srbije) hervorge-

gangen, dem Rechtsnachfolger der Einheitsgewerkschaft aus der Zeit des Realsozialismus. Dieser Gewerkschaftsdachverband hat mit Abstand die längste Tradition im Arbeitskampf der serbischen Geschichte. Zu Zeiten des Milošević-Regimes in den 1990er-Jahren sahen aber viele Beobachter in dieser Organisation lediglich eine verlängerte Hand der damaligen politischen Strukturen, denn darin konnte man weder das Potenzial zur Förderung der Demokratisierung der Gesellschaft, eine Kooperationsbereitschaft mit den Reformgewerkschaften, noch den Wunsch zu einer Transformation in Richtung Interessenvertretung und Akzeptanz der Grundsätze der Marktwirtschaft erkennen.

Dem SSSS ist es jedoch in den Transformationsjahren seit 2000 gelungen, sowohl seinen Immobilienbesitz an attraktiven Standorten in den größten serbischen Städten, als auch die innere Kohärenz einigermaßen aufrechtzuerhalten, weshalb er bis heute der mächtigste Gewerkschaftsdachverband in Serbien ist. Er ist gekennzeichnet durch einen verzweigten Organisationsaufbau, der sich aus 28 Branchengewerkschaften sowie regionalen Räten und Ausschüssen in allen größeren Städten zusammensetzt. Dennoch scheint gerade diese überkommene, aus der früheren staatssozialistischen Ära stammende Organisationsstruktur mit vielen Entscheidungsstellen eine negative interne Streitkultur geschaffen zu haben, die eine Vertretung partikularer Interessen begünstigt. Dies wird in Krisenzeiten verschärft und daraus resultierten im Rahmen interner Verfahren ungelöste Konflikte, in der Regel in Form von Abspaltung und Etablierung neuer Gewerkschaftsorganisationen.

Der Vorsitzende Ljubisav Orbović amtiert im Gewerkschaftsdachverband seit 2007 und wurde bei dem 16. Kongress im Juni 2020, für das neue fünfjährige Mandat als Vorsitzender wiedergewählt. SSSS ist der mitgliederstärkste Gewerkschaftsdachverband Serbiens und wie viele große Organisationen hat er viele interne Konfliktlinien (Branchengewerkschaften im öffentlichen vs. privaten Sektor, Branchengewerkschaften vs. regionale Vertretungen). Die Gründe des dramatischen Mitgliederschwundes sind vor allem in den schrumpfenden finanziellen Quellen zu suchen. Die mitgliederstärksten Organisationen des SSSS bilden die Branchengewerkschaften aus dem Bildungswesen, der öffentlichen Verwaltung sowie der Metall- und Chemieindustrie-Gewerkschaft. Obwohl keine verlässlichen Angaben zu Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in Serbien vorliegen, kann man davon ausgehen, dass etwa 45 Prozent der organisierten Mitglieder in Serbien in diesem Gewerkschaftsdachverband vertreten sind.

Der erste unabhängige Gewerkschaftsdachverband in Serbien, die UGS Nezavisnost, entstand ebenfalls in den turbulenten 1990er-Jahren als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Politik des damals alleinigen Gewerkschaftsdachverbands SSSS und der Bestrebung nach Änderungen in Richtung eines demokratischen Umbruchs, der von der damaligen jugoslawischen Regierung angekündigt worden war. Das Gründungsjahr von UGS Nezavisnost (1991) markierte den Beginn des gewerkschaftlichen Pluralismus in Serbien. Dieser Gewerkschaftsverband wurde sehr schnell nach seiner Gründung zu

einem Teil einer breiteren politischen Bewegung, die sich zum Zwecke des Sturzes des Regimes von Slobodan Milošević versammelte und in den 1990er-Jahren beträchtliche internationale Unterstützung genoss. Die UGS Nezavisnost nutzte diesen europäischen Austausch anhand von Projektarbeit, um ihre Kompetenzen und ihre personelle Basis zu erweitern. Sie galt deshalb viele Jahre als gewerkschaftliche Avantgarde. Seit dem Jahr 2000 verliert UGS Nezavisnost jedoch viele Mitglieder, vor allem wegen interner Streitigkeiten und gescheiterten Privatisierungsprozessen in den Branchen, in denen die Gewerkschaft einst stark verankert war (Metall-, Chemieindustrie usw.). Die aktuelle Führung bemüht sich, diesen Prozess zu stoppen.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Nach einem Konzentrationsprozess agieren unter dem Dach von Nezavisnost heute zehn Branchengewerkschaften, die in der Praxis von der Zentrale stark abhängig sind. Die mitgliederstärksten Nezavisnost-Branchengewerkschaften sind im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in den kommunalen Versorgungsbetrieben verankert. Auf dem neunten Gewerkschaftskongress im Oktober 2021 in Belgrad wurde Čedanka Andrić, die bisherige Generalsekretärin, zur neuen Vorsitzenden gewählt.

Obwohl alle Gewerkschaftsführungen in ihren Satzungen mittlerweile die finanzielle und politische Unabhängigkeit, die Grundsätze interner Demokratie, eine Entscheidung für den Sozialdialog und die europäische Integration betonen, können sich allein der SSSS und die UGS Nezavisnost an einer höheren internationalen Bekanntheit bei den europäischen Gewerkschaftsbünden und internationalen Organisationen erfreuen. Beide Gewerkschaftsdachverbände wurden 2014 als vollwertige Mitglieder in den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) aufgenommen.

Im Jahr 1996 bildete sich der »Verband der freien und unabhängigen Gewerkschaften« ASNS (Asocijacija slobodnih i nezavisnih sindikata) aus der Branchengewerkschaft Metall von UGS Nezavisnost. Heute ist der Einfluss von ASNS im serbischen System der industriellen Beziehungen relativ gering und beschränkt sich auf einzelne Großbetriebe in acht Branchen. Den schwindenden Einfluss versucht ASNS durch kontroverse Kooperationen mit politischen Parteien zu kompensieren. So unterstützte der ASNS vor den Parlamentswahlen 2012 die wirtschaftsliberale Liberaldemokratische Partei (LDP) und bekam dafür eine Vertreterin im serbischen Parlament (amtierende Vorsitzende Ranka Savić). Dieses politische Engagement hat sich aber unterm Strich negativ auf das ohnehin beschädigte Image der Organisation ausgewirkt.

Es liegen keine verlässlichen Angaben zu Mitgliederzahlen der Gewerkschaften in Serbien vor. Die angegebenen Zahlen stammen von aktuellen gewerkschaftlichen Internetseiten, sind jedoch angesichts der offiziellen Beschäftigtenzahlen auf dem serbischen Arbeitsmarkt keineswegs realistisch. Es ist aber davon auszugehen, dass der größte Dachverband etwa 45 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder versammelt, als zweitgrößter Dachverband erscheinen mittlerweile KSS und Nezavisnost mit 15, respektive 10 Prozent; die anderen Gewerkschaften (SLOGA, ASNS) sind deutlich kleinere Organisationen.

Nach Schätzungen von Experte*innen gibt es in Serbien derzeit etwa 600 000 Beschäftigte, die in einer der Gewerkschaft organisiert sind. Demnach liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Serbien bei 27,2 Prozent.

Neben diesen Gewerkschaftsdachverbänden wird die aktuelle Landschaft Serbiens um Gewerkschaften ergänzt, die nach dem Jahr 2000 entstanden sind. Die finanziell einflussreicheren Einzel- oder Branchengewerkschaften, die mit der Arbeit der SSSS-Führung nicht zufrieden waren, gründeten im Jahre

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Serbien

Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Savez Samostalnih Sindikata Srbije, SSSS (Bund der selbstständigen Gewerkschaften Serbiens)	Vorsitz: Ljubisav Orbović Stv. Vorsitz: Zoran Mihajlović	350 000	EGB, IGB
Ujedinjeni granski sindikati Nezavisnost, UGS <i>Nezavisnost</i> (Vereinigte Branchengewerkschaften Nezavisnost)	Vorsitz: Čedanka Andrić Geschäftsführer: Miloš Mijatović	114 000	EGB, IGB
Konfederacija Slobodnih Sindikata, KSS (Konföderation der freien Gewerkschaften)	Vorsitz: Ivica Cvitanović Geschäftsführer: Dragan Milovanović	100 000–180 000	–
Udruženi Sindikati Srbije Sloga, USS SLOGA (Vereinigte Gewerkschaften Serbiens Sloga)	Vorsitz: Željko Veselinović Stv. Vorsitz: Vladimir Radosavljević	k. A.	WGB
Asocijacija Slobodnih Nezavisnih Sindikata, ASNS (Assoziation der freien und unabhängigen Gewerkschaften)	Vorsitz: Ranka Savić Stv. Vorsitz: Dragan Milovanović	k. A.	–

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Serbien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Samostalni sindikat zaposlenih u poljoprivredi, prehrambenoj, duvanskoj industriji i vodoprivredi, PPDIV (Selbstständige Gewerkschaft der Arbeiter*innen in Landwirtschaft, Ernährung, Tabak Industrie und Wasserverwaltung)	SSSS	Vorsitz: Dragan Zarubica	15 369	EFFAT
Samostalni sindikat metalaca Srbije, SSMS (Selbstständige Gewerkschaften der Metallarbeiter*innen Serbiens)	SSSS	Vorsitz: Zoran Marković Stv. Vorsitz: Ljubodrag Cvrkotić	32 000	IndustriAll Europe, IndustriAll
Unija sindikata prosvetnih radnika Srbije, USPRS (Union der Gewerkschaften der Arbeiter*innen im Bildungswesen Serbiens)	KSS	Vorsitz: Jasna Janković	27 000	–
Sindikata zaposlenih u zdravstvu i socijalnoj zastiti Srbije (Gewerkschaft der Arbeitnehmer*innen im Gesundheitswesen und sozialen Schutz Serbiens)	SSSS	Vorsitz: Zoran Savić	52 000	EPSU, PSI
Jedinstveni sindikat Telekom Srbije, JSTS (Gewerkschaft der Telekom Serbiens)	KSS	Vorsitz: Slavoljub Kandić	4 000	–

2003 die »Konföderation der freien Gewerkschaften« (KSS). Dieser Gewerkschaftsdachverband hat starke Präsenz in den größten staatlichen Betrieben (u. a. der Serbischen Telekom, dem staatlichen Energiekonzern »Elektrowirtschaft Serbiens« und Serbische Post). Eine Ausnahme stellt die Industrie-gewerkschaft Serbiens (ISS) dar, eine Branchengewerkschaft, die Arbeitnehmer*innen in der Privatwirtschaft organisiert.

Einige KSS-Branchengewerkschaften sind den europäischen Gewerkschaftsverbänden bereits als vollwertige Mitglieder beigetreten (UNI Europa, EUROFEDOP, IndustriAll Europe), weshalb auch der Gewerkschaftsdachverband nach einer Mitgliedschaft im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) strebt. Obwohl sie für serbische Verhältnisse ziemlich mitgliederstark (nach eigenen Angaben 180 000 Mitglieder) ist, zeichnet sich die KSS nach wie vor durch eine äußerst lose Organisationsstruktur, starke Branchengewerkschaften und eine schwache Koordinierungsstelle mit stark limitierten organisatorischen und analytischen Kapazitäten aus. Das Kernziel sieht dieser Dachverband in seinem Einzug in das staatliche tripartite Gremium, den Sozialwirtschaftlichen Rat Serbiens sowie der Überprüfung der vorhandenen Institutionen des Sozialdialogs.

Die Vereinigte Gewerkschaft Serbiens USS SLOGA betrat 2008 als neuer Gewerkschaftsdachverband die Szene. Von Anfang an scheuten sich die Funktionär*innen dieser relativ kleinen Gewerkschaft nicht, ihren gesellschaftspolitischen Anspruch zu betonen. Organisationsschwerpunkte sind kommunale Betriebe und Industriebetriebe, darunter die wenigen ausländischen Unternehmen wie die Automobilzulieferer in

Zentral- und Südserbien sowie Teile des öffentlichen Dienstes. Obwohl die ideologische Selbstpositionierung der politischen Akteure in Serbien mit Vorsicht zu verstehen und von kurzfristigen Interessenüberlegungen geleitet ist, pflegen die Funktionär*innen von SLOGA in der Tat einen auffällig kritischen Ton gegenüber der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Vučić. In den vergangenen Jahren führte die USS SLOGA eine mediale Kampagne gegen die Arbeitsbedingungen beim südkoreanischen Autozulieferer JURA in Kragujevac, was auf überraschend großes Interesse der Öffentlichkeit stieß. Mit der Kampagne wurde zugleich das aktuelle Wirtschaftsmodell der Regierung Vučić angeprangert, welches aus Sicht der USS SLOGA eine investorenfreundliche Politik ohne Rücksicht auf nationale Arbeitsstandards betreibt. Um ihre internationale Position zu verbessern, trat USS SLOGA Anfang 2016 dem Weltgewerkschaftsbund WGB bei.

Neben diesen Gewerkschaftsverbänden, die die Mehrheit des Gewerkschaftsspektrums abdecken, gibt es noch eine Reihe kleinerer Betriebsgewerkschaften, die keine Mitglieder in übergeordneten Strukturen sind, sondern unabhängig von den Dachorganisationen existieren.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Nach der demokratischen Wende im Jahr 2000 wurde die Rhetorik der »sozialen Partnerschaft« nach dem Vorbild mancher kontinentaleuropäischen Länder eingeführt. Nach diesem Modell sollten die Gesetze, die die sozioökonomische Sphäre betreffen, durch kontinuierliche Konsultationen mit

den Sozialpartnern (Arbeitgebervereine, Gewerkschaften) die notwendige politische und rechtliche Legitimität erhalten und damit zur Stabilität im Kontext der europäischen Integration Serbiens beitragen. Auf Initiative der Gewerkschaften wurde 2001 die Institution des dreigliedrigen Rates für Interessenbestimmung (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat), der sogenannte »Sozialwirtschaftliche Rat Serbiens« (SES), gegründet. Gleichwohl befindet sich der Prozess des tripartiten sozialen Dialogs sowohl auf der nationalen als auch auf lokaler Ebene von Beginn an in einer permanenten Krise.

Die Ursachen der äußerst bescheidenen Effekte liegen in besonderem Maße darin, dass der Staat mit seinen rund 600 000 öffentlich Beschäftigten als größter Arbeitgeber auftritt und so kaum eine »dritte« Rolle im tripartiten Gremium einnimmt. Sobald dann schließlich wichtige Gesetze im Eilverfahren und ohne Konsultation des Sozialwirtschaftlichen Rates verabschiedet werden, entzieht sich der Staat dem sozialen Dialog, den er selbst in Form des SES institutionalisiert hat. Weiterhin wird die Legitimität des Gremiums wegen der problematischen Repräsentativität der Sozialpartner infrage gestellt. Um anerkannter Partner in den dreigliedrigen Verhandlungen zu werden, müssen die Parteien bestimmten quantitativen und qualitativen Repräsentativitätskriterien auf Branchen- und Betriebsebene gerecht werden. Anfang der 2000er-Jahre wurde den Gewerkschaften SSSS und UGS Nezavisnost sowie der Arbeitgeberunion Serbiens diese Repräsentativität auf der nationalen Ebene attestiert. Seitdem beklagen sowohl die außenstehenden Gewerkschaften als auch andere Arbeitgeberorganisationen, dass die »Insider« jede weitere Neuprüfung dieses Status blockieren. Die Repräsentativität der neuen Organisationen kann nur im Repräsentativitätsausschuss des Sozialwirtschaftlichen Rates erfolgen, der aber wiederum von den Mitgliedern der »Insider«-Organisationen besetzt ist. Mit der Zustimmung zum Eintritt eines neuen »Players« stimmen die »Insider« praktisch für die Verringerung ihres eigenen Einflusses am Verhandlungstisch.

Außerdem beklagen Gewerkschaftsvertreter*innen ständig, dass sich die wirklich mächtigen wirtschaftlichen Akteure auf der Arbeitgeberseite durch erprobte Instrumente der Lobbyarbeit seit langem dem institutionellen sozialen Dialog entziehen. Hier spielen die Vereinigungen ausländischer Investoren eine wichtige Rolle, z. B. der Rat der ausländischen Investoren, AmCham usw.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Um als repräsentative Tarifpartei anerkannt zu werden, müssen Gewerkschaften auf Betriebsebene 15 Prozent und auf Branchenebene 10 Prozent der Arbeitnehmer*innen organisieren. Das Sekretariat des Sozialwirtschaftlichen Rates ist nicht in der Lage, aus eigenen Ressourcen die analytische oder publizistische Arbeit zu betreiben, geschweige denn das Netz der lokalen Sozialwirtschaftlichen Räte landesweit auszubauen. Die häufigen Neuwahlen in den vergangenen zehn Jahren sind ein weiterer störender Faktor, der sich auf die Kontinuität der ständigen Arbeitsgruppen des Sozialwirtschaftlichen Rates negativ auswirkt. Deshalb überrascht es

nicht, dass die Bedeutung des Gremiums in der medialen Wahrnehmung auf seine beratende und informative Rolle bei der Festlegung des Mindestlohns beschränkt bleibt. Da es in der Regel in diesem Prozess zu keiner Einigung zwischen den Sozialpartnern kommt, wird die Entscheidung meist unilateral von der Regierung auf Basis eigener sachkundiger Einschätzungen aktueller Wirtschaftstrends getroffen. In Serbien gilt seit dem 1. Januar 2022 ein gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 201,22 Dinar (1,70 Euro) pro Stunde. Damit hat Serbien einen der niedrigsten Mindestlöhne in Europa.

Trotz des tatsächlich niedrigen Einflusses auf wirtschaftspolitische Entscheidungen bleibt die Teilnahme im Gremium hoch auf der Prioritätenliste der serbischen Gewerkschaften. Hier geht es auf informeller Ebene um die Frage des Ansehens und die Möglichkeit, als rechtlich legitimierte Arbeitnehmer*innenvertreter an staatlichen und internationalen Projekten teilzunehmen. Funktionär*innen von UGS Nezavisnost und SSSS werden automatisch in eine Vielzahl von Entscheidungsstrukturen der dreiseitig verwalteten Gremien (Sozialwirtschaftlicher Rat, Arbeitsamt, gesetzlicher Renten- und Gesundheitsfonds) einbezogen, sodass hinter den gewerkschaftlichen Streitigkeiten auch ein finanzielles Motiv nicht zu vergessen ist.

Viele Beobachter*innen sehen aber gerade in dieser starken institutionellen Einbindung der Gewerkschaften in die Verhandlungsprozesse des sozialen Dialogs den wahren Grund für den Verlust ihres öffentlichen Ansehens. Die führenden Gewerkschaftsvertreter*innen werden nun als Teil der politischen Klasse gesehen, der sich damit nicht besonders stark von den politischen Parteien unterscheidet.

Die Tarifstrukturen und Kollektivverhandlungen sind in Serbien durch das gültige Arbeitsgesetz und indirekt durch eine Reihe von Konventionen und Empfehlungen internationaler Organisationen wie der ILO reguliert. Dennoch schaffen diese Dokumente seit Jahren keine günstigen Rahmenbedingungen für die Stabilisierung der Tariflandschaft. Es fehlt an gangbaren Prozeduren, Mechanismen, Rechten und Verpflichtungen der Tarifparteien im Verhandlungsprozess. Die fehlende Regulierung dürfte auch von geringem Interesse des Gesetzgebers für ein stabiles Tarifsysteem zeugen. Grundsätzlich dominieren in Serbien Firmentarifverträge. In diesem Zusammenhang stellt sich das Fehlen der entsprechenden Verhandlungsstrukturen als eines der größten Probleme dar. Laut aktuellem Arbeitsgesetz muss ein Arbeitgeberverband 10 Prozent aller Arbeitgeber in einer Branche organisieren, um als repräsentativer Verhandlungspartner anerkannt zu werden. Die Mitgliedsunternehmen der als repräsentativ anerkannten Union der Arbeitgeber Serbiens (UPS) beschäftigen jedoch nur eine geringe Anzahl von Arbeitnehmer*innen und können so nicht als relevante Verhandlungspartner auftreten. Die Gewerkschaften in vielen Branchen (Metallindustrie, Bankensektor oder Einzelhandel) beklagen seit Jahren, dass die großen Unternehmen mit vielen Beschäftigten eben nicht Mitglieder der serbischen Arbeitgeberunion sind. Infolgedessen sprechen die Sozialpartner mehr übereinander als miteinander.

Das alles hat zur Folge, dass 2021 nur zwei Branchentarifverträge in der Privatwirtschaft in Kraft sind (Straßenbau

und Bereich der Pop-Künstler). Die anderen Branchentarifverträge wurden im öffentlichen Sektor abgeschlossen, wo der Staat als Verhandlungspartner auftritt (Kulturbereich, Gesundheitswesen, Polizei, Bildungswesen, öffentliche Verwaltung, kommunale Betriebe usw.). Die Zahl der abgeschlossenen Tarifverträge in der Privatwirtschaft auf Betriebsebene ist nicht bekannt, da es keine gesetzliche Verpflichtung zu ihrer Veröffentlichung gibt und Arbeitgeber in der Privatwirtschaft in der Regel darauf bestehen, sie nicht zu veröffentlichen.

Nach den Änderungen des Arbeitsgesetzes von 2014 hat sich das tarifpolitische Klima nach Ansicht führender Gewerkschafter*innen eher noch verschlechtert. Branchentarifverträge sind sehr selten und werden durch die Lockerung der automatischen Allgemeinverbindlichkeitsregel praktisch unmöglich gemacht. Zwar können auch weiterhin Tarifvereinbarungen in Serbien durch den Entscheid des zuständigen Arbeitsministers für allgemeinverbindlich erklärt werden und damit auch für Nichtmitglieder der Arbeitgeber bzw. Gewerkschaftsverbände Gültigkeit erlangen. Das aktuelle Arbeitsgesetz schreibt nun aber vor, dass hierzu in Mitgliedsunternehmen eines »repräsentativen Arbeitgeberverbands« mindestens 50 Prozent aller Arbeitnehmer*innen einer Branche beschäftigt sein müssen. Zuvor hatte diese Quote bei 30 Prozent der Arbeitnehmer*innen einer Branche gelegen. Im Endeffekt liegt die Anzahl der Beschäftigten, die in Serbien in den Geltungsbereich von Tarifverträgen fallen, bei nur etwa 30 Prozent.

Für 2021 wurde die Bildung der dreigliedrigen Arbeitsgruppen für die Arbeit an den neuen Gesetzen im Bereich des sozialen Dialogs geplant (Arbeitsgesetz, Streik, Gesetz über den sozialwirtschaftlichen Rat). Die Aktivitäten der Arbeitsgruppen wurden aber wegen der Pandemie-Krise verschoben.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die Einflussnahme der Gewerkschaften auf die im Parlament vertretenen Parteien ist gering. Die Kontakte sind sporadisch, werden aber in der Regel im Wahlkampf intensiviert. Politische Unterstützung wird nicht selten im Tausch gegen einen Listenplatz oder ein Regierungsamt gegeben. Sehr gute Beziehungen zu den Oppositionsparteien pflegt lediglich USS SLOGA, welche im Rahmen der parlamentarischen Arbeit mit der oppositionellen SSP (*stranka slobode i pravde*) zusammenarbeitet.

Auf der einen Seite handelt es sich um eine »Zweckehe«, die es der SSP ermöglicht, ihren beschädigten sozialdemokratischen Ruf in der öffentlichen Meinung zu stärken, auf der anderen Seite erlaubt es diese Koalition der USS SLOGA mit einer Person im Parlament vertreten zu sein. Obwohl klar ist, dass damit nicht viel erreicht werden kann, geht es hier vor allem um Prestige und mediale Präsenz.

Im Gegensatz dazu entschied sich UGS Nezavisnost noch nach der demokratischen Wende im 2001 für die Unterzeich-

nung eines sozialen Pakts zur Einhaltung minimaler sozialer Standards mit den Regierungsparteien. Dies war der Versuch, die Sozial- und Wirtschaftspolitik dieser Parteien mehr auf ihre Linie zu bringen. Dieses politische Arrangement erwies sich nach den Wahlen als eine große Enttäuschung, die seitdem keine weiteren parteipolitischen Abenteuer mehr eingegangen ist. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Nezavisnost der Opposition näher steht.

Im Vorfeld zu den Parlamentswahlen 2012 war auch im SSSS noch sehr intensiv über ein stärkeres politisches Engagement diskutiert worden. Selbst der Vorsitzende Ljubisav Orbović begründete den seiner Meinung nach »unumgänglichen« Entschluss, sich in den Wahlkampf einzumischen, mit der Machtlosigkeit der Gewerkschaften, denen es trotz ihres enormen Einsatzes nicht gelungen sei, spürbaren Einfluss auf die Entscheidungsprozesse im Land zu nehmen. Selbst die Gründung einer eigenen gewerkschaftsnahen Partei schloss er deshalb nicht aus. Nach langen Beratungen mit allen politischen Parteien lehnten die Branchengewerkschaften einen solchen Schritt schließlich ab. Dies führte dazu, dass einige ranghohe Vertreter*innen den SSSS verließen und ihre Karrieren als Abgeordnete in den Parteien fortsetzten. Seit dem gab es bei diesem Dachverband keine weiteren Diskussionen dieser Natur.

Eine traditionelle Verbundenheit zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien, wie man sie aus manchen skandinavischen Industrieländern kennt, gibt es in Serbien nicht. In der politischen Kultur Serbiens betreiben auch Parteien, die Mitglieder der *Sozialistischen Internationale* sind oder deren Mitgliedschaft anstreben, keinesfalls eine erkennbare sozialdemokratische Politik. Den Gewerkschaften mangelt es somit an Partnern mit aussagekräftigen sozialökonomischen Parteiprogrammen, die sie vorbehaltlos unterstützen könnten. Am ehesten käme dafür wohl die Demokratische Partei (DS) infrage. Hinsichtlich ihrer sozialen Basis sowie politischen Orientierung ist die DS jedoch eher mit liberalen Volksparteien als mit der traditionellen europäischen Linken vergleichbar. Der Rest der Linken in Serbien besteht aus Kleinparteien, die nur durch Koalitionen mit stärkeren Parteien am Leben erhalten werden können. Hinzu kommt die von ihrer nicht allzu weit zurückliegenden Vergangenheit gebeutelte Sozialistische Partei SPS.

Die aktuelle politische Konstellation erlaubt es den serbischen Gewerkschaften nicht, wie politische Akteure zu agieren, die über verwandte Parteien ihre Interessen im politischen Dialog durchzusetzen versuchen, sondern es sind umgekehrt die Parteien, die Verbündete suchen, um ihre »soziale Sensibilität« zu zeigen. Deshalb geht jede Gewerkschaft mit der offenen Unterstützung für eine der Parteien im aktuellen politischen Spektrum ein hohes Risiko ein. Jede falsche politische Koalition seitens der Gewerkschaften dürfte zu einem weiteren Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit führen und zugleich die alten Konfliktlinien innerhalb der internen Strukturen verstärken. Aus diesen Gründen hielten sich serbische Gewerkschaften, bis auf USS SLOGA, im Wahlkampf 2022 weitgehend zurück.

Die europäische Gewerkschaftstheorie sieht Impulse für die Revitalisierung von Gewerkschaften in den Frauen- oder Jugendsektionen. In der Tat gibt es auch in Serbien viele The-

menkomplexe auf der Tagesordnung, die von den gewerkschaftlichen Nachwuchskräften oder Frauensektionen erfolgreich aufgegriffen werden könnten. Dazu zählen die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die dramatische Abwanderung qualifizierter junger Menschen ins Ausland und die um sich greifenden Formen der prekären Arbeit, Gender Pay Gap und vieles mehr. Leider verfügt derzeit nur der größte Gewerkschaftsdachverband SSSS über eine funktionierende Jugend- und Frauensektion. Dennoch wird den jungen und weiblichen Gewerkschaftsaktivist*innen auch dort faktisch nicht viel Spielraum eingeräumt. Sie werden kaum in die Entscheidungsgremien aufgenommen, und es stehen ihnen nur geringe finanzielle Mittel zur Verfügung. Eine besorgniserregende Altersstruktur der Gewerkschaftsbewegung bleibt die unausweichliche und zukunftsgefährdende Folge einer solchen Gewerkschaftskultur.

Bojan Ladjevac, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Belgrad

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.